„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.00; sechs Monate, $1.00; drei Monate 50 Cents — bei Vorausbezahlung.
Für Ver. Staaten: Ein Jahr $3.00; sechs Monate $1.50.
Für übriges Ausland: Ein Jahr $3.50; sechs Monate $2.00; drei Monate $1.00.
Reklame kostet 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechenden Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

„Barbaren"?

Der „Toronto Star" hat von seinem Sonderberichterstatter in Paris eine Neujahrsbotschaft des Marschall Foch an Canada bezogen, worin der bekannte französische Heerführer, der zugleich Generalissimus der alliierten Armeen gegen Ende des Weltkrieges war, der Tüchtigkeit der canadischen Truppenkontingente hohe Anerkennung zollt. Dagegen wäre an und für sich nichts einzuwenden, wenn der „Toronto Star" gerade das Bedürfnis fühlt, als Sprachrohr des Marschall Foch auf canadischem Boden zu dienen. Auch kann es dem „Generalissimus" Foch nicht verwehrt werden, seinen Gefühlen für die Tapferkeit seiner canadischen Bundesgenossen Luft zu machen, obwohl das nach mehr denn zehn Jahren seit Kriegsschluß reichlich spät kommt.

Was hingegen lebhaftesten Widerspruch und schärfste Mißbilligung auf canadischer Seite finden sollte, ist der von Foch verwendete Ausdruck „Barbaren", gegen die Ypern von den Canadiern verteidigt worden sei.

Wer den „Courier" vor vier oder fünf Jahren gelesen hat, weiß, wie energisch er sich für die Ehre des deutschen Namens eingesetzt hat, als es galt beleidigende und schmähende Ausdrücke wie „Hunyen" oder „Barbaren" aus dem Wortschatz der englisch-canadischen Presse auszumerzen. Allmählich hat doch die Vernunft über die Gehässigkeit des Weltkrieges triumphiert, sodaß uns Menschen deutscher Sprache und deutschen Blutes in den letzten Jahren die erwähnten Anpöbelungen hierzulande erspart geblieben sind. Einem Marschall Foch blieb es vorbehalten, von Paris aus wieder ein so vergiftendes Wort in die canadische Oeffentlichkeit zu schleudern, während der canadische „Toronto Star" es anscheinend ohne berichtigenden oder beschönigenden Kommentar glattweg abgedruckt hat.

Zehn Jahre nach Waffenstillstand, angesichts ernster Bemühungen um eine deutsch-französische Annäherung, trotz Locarno und Deutschlands Mitgliedschaft im Völkerbund hat ein Marschall Foch die Unverfrorenheit, ein altes Schimpf- und Hetzwort des Weltkrieges aufzuwärmen, noch dazu in einer Neujahrsbotschaft an ein anderes Volk. Er hat damit wider besseres Wissen gehandelt; denn es sollte ihm nach all den Widerlegungen abscheulicher Kriegslügen wohl bekannt sein, daß das deutsche Volk den Weltkrieg gewiß nicht barbarischer geführt hat als irgendeine andere Nation. Der einfache Soldat, der in Reih und Glied in erster Linie gekämpft hat, denkt darüber gewiß anders als der „Generalissimus" der alliierten Armeen, der gewöhnlich weit vom Schuß gesessen war.

Vom canadischen Standpunkt aus hat die erwähnte Neujahrsbotschaft noch eine ganz besonders bedenkliche Seite. In den letzten Jahren hat sich hierzulande ein erfreuliches Verständnis für die Bedeutung und den Wert der deutschen Einwanderung wieder Bahn gebrochen. Abgesehen von unverbesserlichen Hetzern und Fanatikern, hat die canadische öffentliche Meinung im allgemeinen einen kräftigen Schlußstrich unter die nationalistische Gehässigkeit der Kriegs- und Nachkriegsjahre gezogen. Die törichte Abneigung gegen die Erlernung der deutschen Sprache macht allmählich einer weitherzigeren Auffassung Raum. Deutschsprechende Einwanderer werden in die „bevorzugte" Klasse eingereiht. Die canadisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen gestalten sich immer reger und freundschaftlicher. Deutschland ist einer der Hauptabnehmer canadischer Farmerzeugnisse. Deutschcanadier sind wie der canadische Zollminister Euler oder wie der Minister Dr. Ulrich von Saskatchewan in hohen und angesehenen Stellen vertreten. Da kommt ein Militarist, ein Marschall Foch, und gebraucht in einer Neujahrsbotschaft den Ausdruck „Barbaren", der widerspruchslos von einer großen canadischen Zeitung abgedruckt wird, und beleidigt damit jeden, der noch einen Funken deutschen Gefühls in sich trägt, auf das Gröblichste.

Vom Standpunkte einer stetig sich enger ziehenden canadisch-deutschen Annäherung, vom Gesichtspunkte des Wohlbehagens aller Deutschcanadier in unserer großen Dominion und von dem Grundsatze allgemeinen internationalen Anstandes aus müssen wir die gehässige Ausdrucksweise des französischen Marschalls nachdrücklichst zurückweisen.

Verzweifelte Lage in Wales.

Zweihunderttausend Männer sind in den Grubenorten von England und Wales ohne Arbeit und haben keine Aussicht, Beschäftigung zu erhalten; denn sie sind nach einem statistischen Ausdrucke der ständige Ueberschuß der Grubenindustrie. Es handelt sich dabei weder um die Erzielung hoher Löhne noch um eine Abneigung gegen die Arbeit, die Leute sind vielmehr seinerzeit entlassen worden, als die englische Kohlenindustrie sich einschränken mußte. Die Entwicklung der „Weißen Kohle", der Elektrizitätserzeugung aus Wasserkräften, die Umstellung fast aller großen Passagierdampfer und Kriegsschiffe auf Oelfeuerung, und eine Verringerung der Nachfrage nach Kohle auf anderen Gebieten haben diese Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Die Ersparnisse der Arbeiter sind aufgezehrt, und sie existieren aus den geringen Zahlungen, die ihnen nach dem Armenrecht zustehen.

Auf der Reise durch das Grubengebiet sieht man immer wieder die ungeheure Not. In Süd-Wales geben sogar die Schullehrer einen Teil ihrer Gehälter zur Bekleidung ihrer Schüler, und trotzdem, trotz aller Aufrufe in der Presse, von der Kanzel, über das Radio, sehen in vielen walliji-schen Ortschaften über 60 Prozent der Kinder dem rauhen Winter ohne geeignete Kleidung entgegen.

Glamorgan in Süd-Wales ist die Ortschaft, die am meisten von der Arbeitslosigkeit betroffen ist. Sein Prozentsatz von 28.6 Prozent ist der höchste in ganz Großbritannien. In Merthyr Tydfil sind 10,000 Männer ohne Arbeit, während in dem benachbarten Distrikt, der nur von der Grubenindustrie lebt, die Arbeitslosenziffer 90 Prozent der Bevölkerung erreicht.

In dem großen Streik vor zwei Jahren gab die Verwaltung von Merthyr den Arbeitslosen Darlehen in Höhe von etwa $4,000,000, von denen bisher kaum etwas zurückgezahlt wurde. In einer anderen Gegend wurden den Streikenden $2,500,000 geliehen, von denen bisher im ganze $50,000 zurückgezahlt wurden.

Unterdessen steigen täglich die Ansprüche an das Armenrecht. Man schätzt, daß in der Grafschaft Glamorgan allein etwa 60,000 Menschen Unterstützung unter dem Armenrecht erhalten, das mit der Arbeitslosenversicherung der Regierung nichts zu tun hat. Kein gesunder Mann hat irgendwelches Recht auf Unterstützung aus der Armenkasse. Er könnte es nur durch Frau und Kinder erhalten, und aus diesem Grunde haben dort viele Junggesellen geheiratet, denn „es ist besser zu heiraten, als zu verhungern".

Gegen ein „Balkan-Locarno".

Dr. Tewfik Rischdi Bey, der Außenminister der türkischen Republik, betonte in einer Unterredung mit ausländischen Zeitungsvertretern, daß das Endziel der türkischen Staatspolitik kein anderes sei, als die Beziehungen der Türkei zu sämtlichen Staaten in einer solchen Weise zu festigen, daß die Aufrechterhaltung des Friedens für absehbare Zeit gewahrt bleibe. Trotz ihres Friedenswillens habe aber die Türkei ihre Bedenken über die Möglichkeit, ein Balkan-Locarno zustande zu bringen.

„Es herrscht wohl Friede, aber nicht jener nur unter der Voraussetzung eines wirklichen und gerechten Friedens mögliche Zustand, der das Leben Aller erträglich macht. Alles, was nach der Sachlage getan werden kann, ist, bestrebt zu sein, daß sämtliche internationale Streitfragen mit friedlichen Mitteln, und nur mit solchen, geregelt werden. In ihren Beziehungen zueinander müssen alle Nationen gleichmäßig sein und als gleichberechtigt miteinander verhandeln.

„Für den Balkan kann ich keinen allgemeinen Pakt jener Art ins Auge fassen, den man ein „Balkan-Locarno" zu nennen pflegt. Wer wären die Teilnehmer an einem solchen Abkommen und wer würde für dessen genaue Einhaltung bürgen? Der Abschluß eines solchen, alle Balkanländer umfassenden Abkommens gehört mehr dem Bereich der Phantasie an. Die verschiedene Politik einer jeden der Balkanmächte, die Vorstellung, die jede derselben von ihren Beziehungen zu den übrigen hat, und vor allem die Mentalität der Balkanvölker, die vielleicht einzig dem Balkan entspricht, all dies muß die Unterzeichnung eines solchen Vertrages erschweren."

Weltumschau

Kanzler Müllers Neujahrswunsch. In einer Neujahrsbotschaft, die er an ein Blatt in Frankfurt a. M. gerichtet hat, sagt der deutsche Reichskanzler Hermann Müller, sein sehnlichster Neujahrswunsch sei, daß das Jahr 1929 die Räumung des Rheinlands und des Saargebiets bringen möge. Er erklärt, die Besetzung deutschen Bodens durch Fremdtruppen sei unvereinbar mit des Deutschen Reiches Stellung als Mitglied des Völkerbundes. Des weiteren verleiht der deutsche Reichskanzler der Hoffnung Ausdruck, daß die Finanzsachverständigen-Kommission, die demnächst in Paris zusammentreten werde, eine Lösung des Reparationsproblems finden möge, welche das deutsche Volk ertragen könne und die ihm gestatten würde, das Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus mit wachsender Tatkraft und politischer Ellbogenfreiheit fortzuführen.

An die Reichswehr. In seinem Neujahrsgruß an die Reichswehr hat Reichspräsident von Hindenburg der Armee seine Anerkennung für die Leistungen des verflossenen Jahres ausgedrückt und sein Vertrauen ausgesprochen, daß das Heer auch im neuen Jahre seine Pflicht tun werde.

Reichswehrminister General Gröner sagte in seiner Neujahrsgratulation an alle Angehörigen der Reichswehr: „Der Wille kann nicht gefesselt werden und der Geist ist unabhängig von der starren Form, in der er wohnt. Unser bester Dienst für das deutsche Volk besteht darin, den Willen und den Geist zu bilden."

Admiral Raeder, Chef der Reichsmarine, sagte in seiner Botschaft an die Flotte: „Wir werden im neuen Jahre unsere Pflicht tun, vereint im Blick auf das Ziel und im festen Glauben an Deutschlands Zukunft."

Werftarbeiterstreik dauert fort. Die Werftarbeiter von Hamburg, Lübeck, Bremen und Kiel haben mit Stimmenmehrheiten von durchschnittlich 90 Prozent das vom amtlichen Schlichtungsgericht gefällte Urteil in ihrem Lohnkampfe abgelehnt. Die Arbeitgeber haben den Entscheid des Gerichts ebenfalls verworfen, sodaß in dem Lohnstreit, der 50,000 Arbeiter betrifft, gegenwärtig ein toter Punkt erreicht worden ist.

Der Streik hat die Schiffswerften an der Nord- und Ostsee stillgelegt. Unter den Bauten, die eingestellt werden mußten, ist der Ausbau des Innern der beiden neuen Lloydschiffe „Bremen" und „Europa" und des Hapag-Dampfers „Milwaukee".

Die Werftarbeiter sind seit über drei Monaten am Streik. Das Schlichtungsgericht hat eine durchschnittliche Lohnaufbesserung von 5 Pfennig für die Stunde verfügt und eine feste Woche von 50 Arbeitsstunden bewilligt. Das Reichsarbeitsministerium von Berlin wird einen neuen Versuch machen, eine Einigung zustande zu bringen. Sollte auch dieses fehlschlagen, so wird der Entscheid des Schlichtungsgerichtes für beide Parteien verbindlich erklärt.

Russisch-deutsche Beziehungen. Das am 21. Dezember in Moskau unterzeichnete deutsch-russische Protokoll, dessen Einzelheiten nunmehr bekannt wurden, wird in Berlin als der erste wirkliche Schritt zur Besserung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern betrachtet. Der Rußland vor drei Jahren von Deutschland bewilligte Kredit von 300,000,000 Mark soll den Handel günstig beeinflußt haben und Verhandlungen über weitere Kredite werden wahrscheinlich bald begonnen werden. Gewisse Differenzen, die große Spannung hervorgerufen hatten, sind friedlich beigelegt worden. Unter ihnen besonders die Frage der Handelsspionage, die künftig von Sowjetrußland in einer Weise angefaßt werden soll, die mit internationalem Gebrauch übereinstimmt.

Der gesetzliche Schutz für industrielle Betätigung soll weiter verbessert werden und die deutsche Regierung wird in Moskau eine Liste der deutschen Handels-Schutzmarken der Vorkriegszeit vorlegen. Ein erneuter Schutz dieser Zeichen ist garantiert worden. Zollerleichtrung für die Einfuhr von Haushaltsgegenständen, persönlichem Besitz, medizinischen Waren, Chemikalien und photographischen Artikeln sind zugesagt worden, während Verhandlungen über Telephonverbindung zwischen Berlin und Moskau demnächst beginnen werden.

Gleichzeitig schweben Verhandlungen zwischen dem Verwaltungsrat des deutschen Schiffahrtsverbandes und dem der russischen Handelsflotte über Erleichterung des Schiffsverkehrs zwischen den beiden Ländern. Eine Besserung der Verhältnisse für deutsche Unternehmer in Rußland soll durch direkte Verhandlungen zwischen den deutschen Firmen und den russischen Behörden geschaffen werden.

Elsässische Autonomiebewegung. Bischof Ruch von Straßburg hat nach Anweisungen des Vatikans sich entschlossen, den Pfarrern Haegy und Schleiß, hervorragenden Führern der elsässischen Autonomisten, die Ausübung ihrer geistlichen Funktionen bis auf weiteres zu verbieten. Die Auffassung dieser Erklärung geht dahin, daß der Vatikan aus Anlaß des kürzlichen Attentates auf den früheren Staatsanwalt Fachot in Paris in der elsässischen autonomistischen Frage intervenieren wolle.

Die Mitteilung von der kirchlichen Maßregelung soll Pfarrer Schleiß, der der Eigentümer der Zeitung „Elsässer" in Straßburg ist, bereits zugegangen sein, während sie an Pfarrer Haegy, den Inhaber des „Elsässer Kurier" in Kolmar, per Post unterwegs ist. Georges Benoist, der Mann, der Fachot in Paris niederschoß, soll angeblich der Polizei gestanden haben, daß seine Tat durch die Lektüre aufreizender Artikel in den genannten Zeitungen hervorgerufen worden sein soll.

Die Kampagne im Elsaß ist äußerst erbittert, wobei die Autonomisten die französische Regierung offen beschuldigen, in das 1929er Budget die bekannten Artikel einzusetzen, die die Rückkehr gewisser Gesellschaften nach Frankreich erlauben, und das Gesetz von Trennung von Kirche und Staat erleichtern.

Deutsche Arbeiter für Frankreich. Ein früher, bereits zu Zeiten Rathenaus viel besprochener Plan der Verwendung deutscher Arbeiter in Frankreich a Konto der Reparation steht unmittelbar vor seiner Verwirklichung. Durch die Vermittlung des französischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten ist nunmehr ein Kontrakt mit einer Gruppe deutscher Unternehmer zu Stande gekommen, unter dem etwa 1500 deutsche Arbeiter für geraume Zeit in öffentlichen Werken in Frankreich Verwendung und Verdienst finden sollen. Die Leute werden vom Generalagenten für Reparationszahlungen aus den aus den deutschen Quellen eingelaufenn Geldern besoldet und die Beträge dann Frankreich a Konto der Sachlieferungen angerechnet werden. Die in Betracht kommende Summe stellt sich auf die beträchtliche Höhe von etwa 45 Millionen Reichsmark.

In den bereits unterzeichneten Kontrakten ist der Bau neuer Quais in Bordeaux vorgesehen. Weiter sollen die deutschen Arbeiter Kraftwerke in den Pyrenäen errichten, ähnlich der zur Zeit von Siemens & Halske am Shannon in Irland ausgeführten Riesenbauten, welche die Aufmerksamkeit der Techniker der ganzen Welt auf sich gelenkt haben. Weiter ist der Ausbau der Rheinhäfen in der Nähe Straßburgs vorgesehen, sodann wird die Stromregulierung der Rhone in Angriff genommen werden. Einbegriffen in diese Arbeit ist die Ablenkung des Flusses und Anlegung eines vollständig neuen Bettes für dn reißenden Alpenstrom an verschiedenen Stellen.

Für das leibliche und soziale Wohl der deutschen Arbeiter in Frankreich soll auf das beste gesorgt werden. Sie werden in eigenen Baracken untergebracht werden. Ein eigenes Lazarett wird für sie angelegt. Ein deutsches Theater wird eigens für sie eingerichtet werden und ein Turnplatz wird ihnen Gelegenheit für Leibesübungen geben. Dieser geplanten Arbeiterkolonie wird somit jede Gelegenheit gegeben werden, ihre deutsche Eigenart in Sprache, Kultur und Sitte zu behalten.

Rücktrittskomödie Poincares. Ministerpräsident Poincare erklärte seinem Kabinett offen, daß er seine Hauptaufgabe erledigt habe und bereit sei, angesichts der bestehenden Unstimmigkeit in der Regierung von seinem Posten zurückzutreten. Die Kabinettsmitglieder überzeugten ihn jedoch, daß er besonders in der Erledigung des Reparationsproblems noch viel zu tun vor sich habe, und der Premier entschloß sich dann, im Amte auszuharren.

Zu Beginn der Kabinettssitzung erklärte Poincare den Ministern, daß er das „Kabinett des Waffenstillstandstages" reorganisiert habe, um die glatte Annahme des Budgets zu bewirken. Dieses sei vor Jahresschluß geschehen, und da die Stabilisierung der Währung gesichert sei, glaube er, daß seine Arbeit getan sei. Der Premier schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, daß er angesichts der verwickelten politischen Lage dem Präsidenten Doumergue die Demission des Kabinetts einzureichen gedenke.

Alle Minister vereinten darauf ihre Anstrengungen, den Premier zu überzeugen, daß die Nation noch ernste Probleme in der Regelung der Reparationen und inneren politischen Angelegenheiten vor sich habe. Sie erklärten einstimmig, daß Poincares Verbleiben an der Spitze der Regierung „unerläßlich" sei. Poincare ließ sich schließlich überzeugen und bekundete seine Bereitwilligkeit, im Amt zu bleiben.

Zwangsenteignung in Südtirol. Innsbrucker Depeschen an Wiener Zeitungen berichten heute, daß Ministerpräsident Mussolini in Südtirol die Zwangsenteignung von 2750 Acker Weideland angeordnet hat. Die betroffenen 2000 deutschen Familien beklagen sich bitter über die ihnen angebotene geringfügige Abfindung.

Nach den Meldungen soll das Land früheren italienischen Soldaten gegeben werden, die Mitglieder der faschistischen Organisationen sind, um das deutsche Element in dem Italien nach dem Kriege zugesprochenen Gebiet durch italienische Siedler zu ersetzen.

Ungarischer „Faschismus". Ludwig Dan u. Joseph Schreyer, die beiden verhafteten Führer der ungarischen Faschisten, wurden für eine weitere Untersuchung festgehalten und beschuldigt, versucht zu haben, durch Entführung von Mitgliedern des Kabinetts eine eigene Regierung nach italienischem Muster zu errichten.

Die Polizei will ausgefunden haben, daß die beiden Verhafteten die Führer von zwei Gruppen von je 100 Mann waren. Es bestand angeblich der Plan, daß eine der Gruppen in eine südslawische Grenzortschaft eindringen und von reichen Landbesitzern Geld erpressen sollte, während die andere in Budapest die Mitglieder der Regierung und die öffentlichen Gebäude ergreifen sollte.

Die Behörden behaupten, daß Dan ursprünglich 100,000 Mann rekrutieren wollte, daß Schreyer ihn aber überzeugte, daß 200 Mann zur Durchführung ihres Planes genügten. Es wurden zusammen 19 angebliche Teilnehmer an der Verschwörung verhaftet. Die beiden Führer waren erst vor drei Monaten aus dem Gefängnis entlassen worden.

Serbische Regierungskrise. In Belgrad wurde offiziell mitgeteilt, daß die Regierung von Ministerpräsident Anton Koroschetz zurückgetreten sei. König Alexander ist an einer leichten Erkältung erkrankt und wird erst in einigen Tagen den Auftrag zu einer neuen Kabinettbildung geben. Inzwischen nimmt man an, daß die Koalition von vier Parteien durch eine Drei-Parteien-Koalition ersetz werden soll, um das Programm der zurückgetretenen Regierung weiterzuführen.

Die Gerüchte halten sich, daß kroatische Bauernführer von Agram nach Belgrad zu kommen bereit sind, um mit König Alexander über eine Lösung der Krise zu verhandeln.

Rußland und Kelloggpakt. Die Sowjetregierung hat Polen und Litauen vorgeschlagen, für die Zeit, in der der Kellogg-Pakt auf Ratifizierung durch die einzelnen Nationen wartet, ein Protokoll zu unterzeichnen, in dem der Kriegsversemung sofortige Wirkungskraft gegeben wird. Eine entsprechende Note an Polen, die von dem amtierenden Kommissar für das Aeußere dem polnischen Gesandten überreicht wurde, ist in der Presse veröffentlicht worden. Unter Hinweis darauf, daß Polen und Rußland den Kellogg-Pakt unterzeichnet haben und unter Bezugnahme auf die von der russischen Regierung gemachten Vorbehalte fährt die Note fort:

„Unglücklicherweise ist das Inkrafttreten des Pariser Vertrages von der Ratifizierung der ursprünglichen 14 Signaturmächte abhängig gemacht worden. In den vier Monaten, die nach der Unterzeichnung verstrichen sind, hat nicht eine dieser vierzehn Nationen den Pakt ratifiziert. Dieser Umstand erweckt die Befürchtung, daß der Pakt für lange Zeit ein formelles Dokument bleiben wird, das niemand bindet. Frühere Durchführung des Vertrages zwischen Einzelnationen ist offensichtlich nur möglich durch Unterzeichnung eines besonderen Supplementarabkommens."

Das geeinte China.

Die chinesische nationalistische Flagge wurde kürzlich in der ganzen Mandschurei gehißt, wie die Nachrichtenagentur Nippon Dempo meldete, als Zeichen dafür, daß die Einigung Chinas wieder zum erstenmale seit dem Sturz der Mandschudynastie im Jahre 1912 vollzogen ist. Nur die Mongolei und Tibet, die stets als „Außengebiete" betrachtet wurden, verbleiben außerhalb des Nationalistenreiches. Trotz alledem hat aber China wieder ein Gesamtterritorium von 4,279,170 Quadratmeilen und eine Bevölkerung von 450,000,000.

Tschang Hsuen-Liang, der Führer der östlichen Provinzen oder der Mandschurei, hat sich entschlossen, sich den Nationalisten anzuschließen. Nach dem Tode seines Vaters Tschang Tso-Lin, der bekanntlich ein Gegner der Kommunisten und Nationalisten war, wurde sein Sohn der Führer. Er hat sich bereit erklärt, mit den südlichen Nationalisten Frieden zu schließen, die bekanntlich im vergangenen Jahre seinen Vater aus Peking getrieben hatten. Wie verlautet, soll ihm ein Sitz im Rat der Sechzehn angeboten sein, die in Chinas Hauptstadt zusammentreten.

Als Millionär in seiner eigenen Hauptstadt hatte er die Macht, zu entscheiden, ob die Mandschurei ein separates Gebiet bleiben oder sich mit China vereinigen sollte. Das Hissen der nationalistischen Flagge bedeutet jedoch, daß Tschang, Sohn eines einstigen Banditen, eine Konzession bezüglich des Gebietes und der Freundschaft gemacht hat. Die Stellung Japans in der Mandschurei, wo nunmehr die nationalistische Flagge weht, ist unklar. Als Japan Rußland aus den östlichen Provinzen vertrieb, erhielt es Anfang dieses Jahrhunderts Konzessionen, einschließlich langer Pachtverträge einer Eisenbahn von Korea nach Port Arthur. Tschang Tso-Lin ist oftmals als „Werkzeug" der Japaner in seiner Opposition gegen andere Parteien in China beschrieben worden. Dies wurde jedoch sowohl von ihm als auch von Seiten der Japaner in Abrede gestellt. Tokio soll wiederholt die Ansicht vertreten haben, daß es der Vereinigung der Mandschurei mit dem übrigen China entgegenstehe, da Japan mit einem Provinzführer leichter verhandeln könnte als mit der Regierung einer geeinten Nation.

Schicksalstag des deutschen Ostens

Ein Zehn Jahr-Gedenken am 27. Dezember.

Von Dr. Franz Lüdtke.

Nicht umsonst hatte Bismarck die polnische Frage als die wichtigste der deutschen inneren Politik bezeichnet; seit dem Ausbruch des Weltkrieges wurde sie auch zu einem Brennpunkt der Außenpolitik.

Das alte, morsche Polen war im 18. Jahrhundert unter Rußland und Oesterreich aufgeteilt worden, und auch Preußen hatte einige polnische Landesteile erhalten, im wesentlichen aber solche, die entweder früher dem Deutschen Ritterorden gehört oder durch andere geschichtliche Verhältnisse der deutschen Kultur erschlossen waren. Aus diesen zum großen Teil verwahrlosten Gebieten hatten preußische Verwaltung und deutsches Volkstum blühende Provinzen gemacht. Als die deutsche Staatsleitung mitten im Krieg den unverständlichen Entschluß faßte, ein selbständiges Königreich Polen ins Leben rufen, wußten die Kenner ostmärkischer Verhältnisse, daß nunmehr schwerste Stunden für unsere Ostlande anbrechen würden. Nach unserem militärischen Zusammenbruch vollzog sich alles weitere mit unheimlicher Folgerichtigkeit.

Mit dem überstürzten Abzug der deutschen Truppen aus Russisch-Polen und mit der kampflosen Ueberlassung ungeheurer Mengen von deutschem Heeresgut begann dieser letzte Teil des Trauerspiels. Mit einem Male hatten die durch unsere Heere vom Zarismus befreiten Polen Waffen und Munition. Noch gaben die preußischen Polen loyale Erklärungen ab, die darauf hinaus liefen, daß sie die Friedensbestimmungen abwarten würden. Aber alles das geschah nur, wie sie heute selbst unverholen eingestehen, um Deutschland zu täuschen. In Wirklichkeit rüsteten sie zum blutigen Aufstand.

In den völlig überflüssigerweise auch im Osten sich bildenden deutschen Arbeiter- und Soldatenräten, die zunächst von Weltverbrüderungsideen erfüllt, zudem feindlich eingestellt gegen das bodenständige deutsche Bürgertum, teilweise sogar von fremden Elementen, aufrührerischen Matrosen usw. geleitet waren, gewannen die Polen dadurch bald die Ueberhand, daß sie ihre geschultesten Vorkämpfer (Rechtsanwälte, Journalisten usw.) hinein sandten, die den deutschen Arbeitern und Soldaten, geistig weit überlegen waren. So gelang es fast überall, die Aemter mit Polen zu besetzen oder den preußischen Beamten polnische Beauftragte an die Seite zu stellen.

Das Deutschtum der Provinz wußte, was ihm bevorstand. Es schloß sich gleichfalls in Volksräten zusammen, die einen Notschrei nach dem andern erließen. Vergeblich. Abgesandte der Berliner Regierung fanden, daß alles in bester Ordnung sei, und waren von der polnischen Loyalität entzückt. In Posen selbst kam es zu Reibereien, als deutsche Regimenter nicht dulden wollten, daß die Stadt von den Polen mit den Fahnen der Entente geschmückt wurde. Als dann der Konzertvirtuose Paderewski am 27. Dezember seinen Einzug hielt, brach der bis ins kleinste vorbereitete Aufstand los, zunächst in der Stadt und von hier aus im ganzen Lande. Die geringen Reste deutscher Truppen, die Widerstand leisteten, wurden aufgerieben; die Führer des Deutschtums kamen als Internierte in das Kriegsgefangenenlager von Szozypiorno. Strahlenförmig drangen von Posen her die Aufständischen gegen die Grenzen der Provinz vor, oft furchtbar hausend und Schrecken um sich verbreitend. Berlin tat nichts, um den Aufstand im Keim zu ersticken. Drei Tage nach dem Beginn des polnischen Aufstands antwortete die Berliner Regierung auf einen telegraphischen Notruf des deutschen Volksrates in Meseritz, daß nichts zu befürchten sei.

Im Westen und Norden der Provinz stießen die vordrängenden Polen auf geschlossenen Widerstand. Soldaten und Offiziere, Bürger und Bauern, Studenten und Schüler fanden sich zu Freikorps zusammen, die sich den Aufrührern entgegen warfen. Erbitterte Kämpfe folgten; im Osten war der Weltkrieg noch lange nicht zu Ende. Die Heldenfriedhöfe der ostdeutschen Grenzstädte beherbergen viele hundert Gräber aus dieser bitteren Zeit.

Langsam entstand der Grenzschutz Ost. An dessen Spitze trat der Generalfeldmarschall von Hindenburg, der von seinem Hauptquartier Kolberg aus nunmehr noch einmal seine ostdeutsche Heimat schützen mußte. Während im Vaterlande der Bürgerkrieg tobte, entstand im gefährdeten Osten ein schlagfertiges Heer, gewillt, das Entrissene zurück zu gewinnen. Als der Grenzschutz zum entscheidenden Schlag ausholen wollte, fiel ihm die Entente in den Rücken und setzte bei der deutschen Regierung einen Waffenstillstand auch mit Polen und die Schaffung einer Demarkationslinie durch. Hier fanden noch monatelang durch stete Ueberfälle von polnischer Seite erbitterte Kämpfe statt, bis schließlich die Unterzeichnung des Versailler Diktats und die Auflösung des Grenzschutzes eine weitere Verteidigung ostmärkischen Bodens verhinderten. So gingen denn — als Folge des 27. Dezember — weite Gebiete unseres Ostens in der Größe etwa von Bayern mit vier Millionen Menschen fast kampflos in die Hände der Polen über. Im Januar 1920 erfolgte die Besetzung auch der letzten, den Polen zugesprochenen deutschen Gebiete.

Die Tragödie aber ging weiter. Deutschland hatte nicht nur die größten Teile Polens und Westpreußens, dazu Gebiete Ostpreußens, Pommerns, Niederschlesiens, und selbst ein Stückchen der Provinz Brandenburg verloren: auch Oberschlesien mußte geopfert werden, obwohl hier die Volksabstimmung eine große Mehrheit für das Verbleiben bei Deutschland ergab. Und dann in weiteres: man trieb aus dem Lande auch die deutsche Bevölkerung heraus. Mehr als eine Million Deutscher sind von den Polen verdrängt worden, und immer mehr schrumpft unter den polnischen Methoden die Zahl der Deutschen im entrissenen Osten zusammen. Der polnische Westmarkenverein hat sich die völlige Ausrottung des Deutschtums zum Ziel gesetzt und predigt die Eroberung weiterer deutscher Gebiete; nach seinen Wünschen sollen ganz Ostpreußen, Danzig, Pommern, die Grenzmark Posen-Westpreußen, Brandenburg und Schlesien polnisch werden. Die Oder mit Breslau, Frankfurt und Stettin soll nicht Polens Grenze, sondern Polens Strom sein, und Berlin spricht man als einstige Wendenstadt an, die der Erlösung durch Polen harrt.

Auch der Wahnsinn hat seine Methode; was hier verkündet wird, ist die folgerichtige Fortsetzung der Tat des 27. Dezember. Das deutsche Volk hat die Antwort darauf zu geben.

Ein neuer Wahrheitskämpfer.

Zu den unerschrockensten Kämpfern gegen die These von Deutschlands Kriegsschuld gehört neuerdings der amerikanische Geschichtsprofessor Sidney Bradshaw Fay. In dem jüngst erschienenen zweibändigen Werke „The Origin of the World War" beschränkt er seine Untersuchungen nicht auf die Vorgänge unmittelbar vor Kriegsausbruch, sondern erstreckt sie über die ganze Zeit von 1870 bis 1914. Er folgt damit also dem Beispiel der deutschen Forschung, die eine wesentliche Stütze in der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes gefunden hat. Das Urteil, zu dem Fay gelangt, ist wegen der gewichtigen Persönlichkeit des Gelehrten von größter Bedeutung. Als Inhaber des Lehrstuhls für europäische Geschichte am Smith College in Northampton genießt er allgemeine Achtung bei den maßgebenden Stellen. Er steht im Ruf strengster Sachlichkeit, die ihm das unbedingte Vertrauen nicht nur seiner Fachgenossen sondern weiter Kreise eingetragen hat. Daran läßt sich ermessen, welchen Wert sein Urteil besitzt, das in die Worte faßt: „Man muß das Diktum des Versailler Vertrages, daß Deutschland und seine Verbündeten allein für den Krieg verantwortlich gewesen sind, fallen lassen. Es fußte auf Beweismaterial, das unvollständig und nicht einmal gesund war. Der Kriegsschuldspruch ist nicht mehr haltbar."

Freundschaft sei: Dienst auf Gegenseitigkeit!

„Courier"-Anzeigen bringen Resultate.